Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 34. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle a. Saale 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Donnerstag, 21. Januar 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Ergebnisse der preußischen Vermögenssteuer.

Die im vorigen Jahre vorgenommene Neuveranlagung der preußischen „Ergänzungssteuer" für den Zeitraum 1908 bis 1910 hat eine Gesamtzahl der Steuerpflichtigen von 1 502 570 mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 91 653 297 197 Mark und einer aufzubringenden Steuersumme von 45 007 543 Mk. ergeben. Gegen die vorige Steuerperiode (1905 bis 1907) hat demnach die Zahl der Steuerpflichtigen um 8,9 Proz., die Vermögenssumme um 11,2 Proz. und der Steuerbetrag um 11,8 Proz. zugenommen; die Zunahme dieser Ziffern seit der Einführung der Ergänzungssteuer im Jahre 1895 betrug nach der „Statistischen Korresp.": Steuerpflichtige + 30,4 Proz., Vermögensbetrag + 43,5 Proz. und Steuersumme + 45 Proz.

Demnach ist das steuerbare Gesamtvermögen erheblich stärker gewachsen als die Zahl der Steuerpflichtigen und daraus ergibt sich auch ein beträchtliches Heraufgehen des Durchschnittsvermögens jener Zensiten. Von 55 416 Mk. im Jahre 1895 ist es nämlich auf 60 998 Mk. im Berichtsjahre gewachsen. Dabei kann indessen von einer „plutokratischen" Entwickelung nicht die Rede sein. Die Verhältniszahl der Zensiten zur Gesamtbevölkerung ist nämlich seit 1895 beinahe unverändert geblieben und auch das steuerbare Vermögen auf den Kopf der Bevölkerung hat in dieser Zeit von 2072 Mk. auf nur 2410 Mk. zugenommen.

Die „veranlagte Bevölkerung" d. h., die Zahl der Ergänzungssteuer-Zensiten mit Einschluß der Angehörigen, bezifferte sich im Berichtsjahre auf 5 357 396 Köpfe, d. i. 140,9 vom Tausend der Gesamtbevölkerung, gegen 4 992 892 = 137,8 v. T. im Jahre 1905, 4 772 815 = 138,1 vom Tausend im Jahre 1902, 4 591 625 = 139,2 vom Tausend im Jahre 1899 und 4 347 875 = 141,1 vom Tausend im Jahre 1895; sie hat sich also erfreulicherweise von 1905 auf 1908 beträchtlich schneller als die Gesamtbevölkerung vermehrt, nachdem sie im Verhältnisse zu letzterer von 1895 bis 1905 ununterbrochen zurückgegangen war.

Das vorstehend aufgeführte steuerpflichtige Vermögen stellt jedoch keineswegs den gesamten Besitz aller Privatpersonen in Preußen dar. Zu den „besitzenden" Klassen gehören vielmehr auch sehr zahlreiche Personen mit Vermögen bis zu 6000 Mk., also von noch nicht steuerbarer Höhe (im Jahre 1908: 4 669 534 gegen 3 291 775 im Jahre 1905) sowie viele (im Jahre 1908: 304 998 gegen 307 980 im Jahre 1905) mit einem jenen Betrag übersteigenden Vermögen, die aber gleichwohl auf Grund der §§ 17 Ziff. 2 und 3 bezw. 19 (Witwen, Waisen usw.) oder wegen beeinträchtigter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit von der Ergänzungssteuer frei geblieben sind. Unzweifelhaft befindet sich im Besitze aller dieser Personen zusammen noch ein gleichfalls nach Milliarden zu bezifferndes Vermögen.

Vom Balkan.

Die türkischen Blätter veröffentlichen den Wortlaut des aus neun Punkten bestehenden Protokollentwurfs über die österreichisch-ungarisch-türkischen Verhandlungen. Im Artikel fünf, welcher der Türkei völlige Freiheit bezüglich der Handels- und Zollpolitik zugesteht, verpflichtet sich Oesterreich-Ungarn, binnen zwei Jahren nach der Unterschrift des Vertrages einen Handelsvertrag mit der Türkei abzuschließen, und zwar nicht auf der Grundlage der Kapitulationen. In der ebenfalls bereits bekannten Bestimmung über die Religionsfreiheit der in Bosnien und der Herzegowina lebenden Mohammedaner ist zu bemerken, daß in den Gebeten nicht, wie die Blätter melden, der Name des Sultans, sondern der Name des Kalifen als religiösen Oberhauptes genannt werden soll. Die Mohamedaner hängen, wie früher, vom Scheich ul Islam ab, dem das Recht der Ernennung des ersten Ulemas zusteht. Der Ausdruck „Annexion" fehlt in dem Entwurf; dafür ist „Anerkennung des jetzigen Zustandes" gesetzt. Das in den ursprünglichen österreichischen Vorschlägen erwähnte Schutzrecht Oesterreichs über die katholischen Albanesen ist im Entwurf angeführt. Die ebenfalls bereits gemeldete Bestimmung bezüglich des Auswanderungsrechts dürfte ebenso wie einige andere Punkte zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben.

Der türkische Minister des Innern erklärte, er habe am Mittwoch die Mitglieder des Boykottkomitees empfangen und ihnen empfohlen, den Boykott gegen österreichische Waren zu beenden. Den gleichen Wunsch äußerte der Großwesir, der das Komitee gleichfalls empfing. Die Mitglieder der Boykottkommission erklärten sich bereit, der Aufforderung Folge zu leisten. Die Boykottierung bulgarischer Waren wird fortgesetzt.

Die türkische Deputiertenkammer erledigte am Mittwoch eine große Reihe von Anträgen und lehnte den Antrag, der Sultan solle alle Besitztümer, die er unter dem alten Regime erworben habe, dem Staat zurückgeben, ab. Der Abgeordnete für Tarsidschka bemerkte bezüglich der im Exposé des Großwesirs erwähnten Räumung des Sandschaks Novibazar, die Ansicht sei irrtümlich, daß die Oesterreicher als Kompensation den ganzen Sandschak geräumt hätten, da nur zwei kleine Städte von ihnen besetzt gewesen seien. Er beantragte, den Großwesir zu interpellieren, weshalb er diesen Irrtum durch das Exposé verbreitet habe und ihn aufzufordern, das Protokoll über die türkisch-österreichischen Verhandlungen entsprechend zu ändern. Der Antrag wurde angenommen.

Aus amtlicher Quelle wird aus Belgrad gemeldet: Der serbische Ministerpräsident hat am 15. Januar die Demission des Kabinetts eingereicht und diesen Schritt mit dem Wunsche begründet, daß ein neues Kabinett gebildet werde, welches sich einer zuverlässigeren Unterstützung durch das Parlament bei Führung der Staatsgeschäfte erfreuen würde. Der König hat bedingungsweise die Demission des Kabinetts angenommen und zu gleicher Zeit seine Zustimmung zur Eröffnung von Verhandlungen zwecks Bildung eines neuen Kabinetts gegeben. Nachdem die Versuche in dieser Hinsicht gescheitert sind, hat der König Mittwoch vormittag dem Ministerpräsidenten erklärt, die Demission nicht annehmen zu können und ihn aufs neue seines Vertrauens versichert.

Deutsches Reich.

* **Zur Reise des englischen Königspaares nach Berlin.** Das amtliche Programm für den Besuch des Königs und der Königin von England in Berlin ist, wie uns aus London gemeldet wird, noch unvollständig. Die Majestäten werden von London am 8. Februar nach Dover abreisen, von dort auf der Königlichen Jacht „Alexandra" sich nach Calais begeben und von dort nach Berlin, wo sie am 9. Februar eintreffen werden. Sie werden bis zum 12. Februar in Berlin bleiben und dann direkt nach London zurückkehren. Das Gefolge wird sich, soweit bisher feststeht, folgendermaßen zusammensetzen: Kolonialsekretär Earl Crewe, dann der Lord Kämmerer Viscount Althorp als Stadträger vom Dienst und Vertreter der Armee Feldmarschall Lord Grenfell, als Vertreter der Marine Admiral Sir Dan Bosanquet, ferner Sir Charles Hardinge, ständiger Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, Sir James Reid als Leibarzt und die Obersten Streatfield und Fritz Ponsonby als Stallmeister.

* **Die Betriebseinnahme der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen** hat im Dezember vor. Js. im Personenverkehr rund 0,4 Millionen Mark, d. i. ein Prozent mehr, im Güterverkehr 4,5 Millionen Mark, d. i. 4,47 Proz. weniger, insgesamt einschließlich der sonstigen Einnahmen 5,5 Millionen Mark, d. i. 3,71 Proz. weniger als im gleichen Monat des Vorjahres gebracht. Zu berücksichtigen ist hierbei daß der Dezember 1908 einen Sonntag weniger und einen Werktag mehr als im Vorjahr hatte.

* **Gas-, Elektrizitäts- und Weinsteuer:** Die Zweite württembergische Kammer hat in der am Mittwoch fortgesetzten Beratung über die Anfragen betreffend die Gas-, Elektrizitäts- sowie die Weinsteuer zwei Anträge des Zentrums angenommen, in denen die Regierung ersucht wird, in den weiteren Verhandlungen des Bundesrats über die Reichsfinanzreform nicht mehr für die genannten Steuern einzutreten. Ferner wurde eine Resolution der Volkspartei angenommen, in der die Zweite Kammer abweichend von der Auffassung der Staatsregierung der Ansicht Ausdruck gibt, daß die von der Reichsregierung dem Reichstage vorgeschlagene Gas- und Elektrizitätssteuer eine zu verwerfende schwere Beeinträchtigung der technischen Entwicklung und eine nicht gerechtfertigte Belastung des Mittelstandes und der Gemeinden bedeute; zweitens, daß die von der Regierung dem Reichstage vorgeschlagene Flaschenweinsteuer eine die Weinbau treibenden Gegenden des Reiches und damit auch Württemberg einseitig treffende und schon deshalb zu verwerfende Belastung darstelle, außerdem aber auch noch die Gefahr der Entwicklung zu einer allgemeinen Reichsweinsteuer in sich trage, die mit den Interessen Württembergs unverträglich und mit den Württemberg bei der Gründung des Reiches gegebenen Zusagen unvereinbar sei. Die Zweite Kammer spricht daher die Hoffnung aus, daß der Reichstag den genannten Steuern die Zustimmung verweigern werde.

* **Das Wahlgesetz im Königreich Sachsen.** Die Erste Kammer nahm am Mittwoch einstimmig nach den Vorschlägen der Deputation und unter Zustimmung der Regierung das Wahlgesetz in einer Fassung an, für welche die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Zweiten Kammer gesichert ist.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 20. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, Beseler, Breitenbach, v. Moltke, v. Arnim.

Zunächst wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Kopsch (frs. Vp.) wegen Beleidigung des Schriftstellers Mehring entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungskommission versagt.

Darauf wird

die erste Lesung des Etats

fortgesetzt.

Abg. **Heimann** (Soz.): Der Kaiser hat einst gesagt, Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Davon ist Preußen weit entfernt. Die Eisenbahnarbeiter entlohnt man schlecht und man verwehrt ihnen auch noch das Koalitionsrecht. Der Finanzminister legte den Beamten nahe, ihre Agitation einzustellen. Dagegen legen wir Verwahrung ein als die wahren Vertreter des Volkes. (Schallende Heiterkeit rechts.) Das Dreiklassenwahlrecht muß fallen. Will man jetzt die Wahlen der Berliner sozialdemokratischen Abgeordneten für ungültig erklären, so muß man dies bei allen Berliner Wahlen tun. Preußen hat nicht zuletzt durch die Intelligenz seiner Arbeiter eine so märchenhafte Entwicklung genommen. Das Bürgertum hat vor seinen Todfeinden, der Bürokratie und dem Junkertum, kapituliert. Hier wird ja gegen Reichstagswahlrecht, Koalitionsrecht und Freizügigkeit in geradezu leidenschaftlicher Weise Stellung genommen. Auf drei Pfeilern beruht die Macht der Mehrheit dieses Hauses: auf dem Dreiklassenwahlrecht, auf den Ausnahmegesetzen für die ländlichen Arbeiter und auf den ländlichen Schulverhältnissen. Wir verlangen Aufhebung der Gesindeordnung und das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter. Dann werden Ihnen (nach rechts) nicht mehr die Arbeiter weglaufen, aber Sie werden auch nicht mehr die Herren sein. Nur uns kann die Zukunft gehören. (Bravo! bei den Soz.)

Finanzminister **Frhr. v. Rheinbaben:** Anscheinend hat den Vorredner der Wunsch geleitet, sich dem hohen Hause in angenehme Erinnerung zu bringen für den Fall, daß nach dem Beschlusse der Wahlprüfungskommission er auf das Vergnügen verzichten muß, hier im Hause zu bleiben. (Heitere Zustimmung rechts.) Der Identifizierung von Arbeitern und Sozialdemokraten muß ich widersprechen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Vollkommen unrichtig ist es, daß der Reichskanzler ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter angedroht habe. Er hat nur von der eventuellen Notwendigkeit einer Verstärkung der Schutzmittel gegen die Sozialdemokratie gesprochen. Ich bestreite dem Vorredner das Recht, hier als Anwalt der arbeitenden Klassen im allgemeinen aufzutreten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die deutschen Arbeiter stehen nicht hinter Ihnen (zu den Soz.), sondern hinter anderen Parteien. Unsere ganze steuerliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten ist dahin gegangen, die Lasten auf die leistungsfähigen Schultern zu legen und die minder leistungsfähigen Kreise zu entlasten. Wir fangen erst bei 900 Mk. Einkommen mit der Steuer an, ferner haben wir das Kinderprivileg eingeführt, das ebenfalls den arbeitenden Klassen zugute kommt. Von 38 Millionen Gesamtbevölkerung sind nicht weniger als 20 Millionen vollkommen steuerfrei. (Lebhaftes Hört! hört!) 36 Millionen zahlen entweder gar keine Steuern oder nur in den Steuerklassen von 900 bis 3000 Mk. Zu dieser Leistung für den Staat kommen noch sehr erhebliche Kommunallasten hinzu, die die staatlichen Steuern erheblich überwiegen. Daß der Zolltarif eine ungünstige Einwirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiter ausgeübt hat, bestreite ich. (Sehr wahr! rechts.) Aber selbst zugegeben, daß der Zoll eine gewisse Preissteigerung oder Preishaltung ausgeübt hat, so frage ich: was ist wichtiger, ein etwas höherer Getreidepreis oder ein sicherer und ausreichender Lohn für die Arbeiter? (Lebh. Zustimmung.) Fürst Bismarck hat einmal gesagt: Wenn allein die Niedrigkeit der Getreidepreise in Betracht käme, dann wäre Slavonien das glücklichste Land der Erde. (Lebh. Zustimmung rechts; Lachen der Soz.) Wandern Sie doch dorthin aus, wenn es Ihnen nicht paßt. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Wenn wir die Schutzzollpolitik nicht eingeführt hätten, wo wäre unsere Industrie geblieben, und die Arbeiterbataillone, die jetzt in der Industrie beschäftigt werden? Und wo wäre die Landwirtschaft geblieben, wenn wir nicht dem verderblichen Preisrückgang Einhalt getan hätten? Ich freue mich, daß die Landarbeiterschaft bisher Ihren Versuchen, sie in Ihr Lager hinüberzuziehen, Widerstand geleistet hat, und hoffe, daß sie das auch weiter tun wird. (Lebh. Zustimmung rechts und in der Mitte.) Niemand kann bestreiten, daß sich unter dem Einfluß des Zolltarifs die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter erheblich gebessert hat. Die Ausgaben für Löhne bei der Eisenbahnverwaltung betrugen im Jahre 1895 etwa 138 Mill. Mark, im Jahre 1897 aber 326 Millionen. Bezüglich der Durchschnittslöhne ergibt sich, daß sie in diesen Jahren um nicht weniger als 33,6 Prozent gestiegen sind. (Hört! hört! rechts.) Das zutreffendste Bild erhalten wir aus den Unterlagen der Unfallversicherung. Danach wurden im Jahre 1893 an Löhnen 3 Milliarden 366 Millionen gezahlt, im Jahre 1906 aber 7 Milliarden 760 Millionen. Der Durchschnittslohn betrug im Jahre 1893 rund 671 Mk., im Jahre 1906 aber 894 Mk. Das ist eine Steigerung um 37 Prozent. Auch der Sozialdemokrat Calwer hat diese Lohnsteigerung unumwunden anerkannt. Der beste Barometer in dieser Beziehung bleibt aber immer die Steuerlisten. Im Jahre 1895 hatten noch 68 Prozent der Bevölkerung kein steuerpflichtiges Einkommen, im Jahre 1907 aber nur noch 50 Prozent. Sicrlich ist die Zahl der Arbeiter gestiegen, deren Einkommen so hoch gewachsen ist, daß es versteuert werden muß. Ein Einkommen von 900 bis 3000 Mk., das trifft also überwiegend arbeitende Stände, hatten im Jahre 1895 rund 27 Prozent, im Jahre 1907 aber 34 Prozent. Im Jahre 1895 waren rund 8 Millionen Köpfe unserer Bevölkerung einkommensteuerpflichtig, im Jahre 1907 aber 14—15 Millionen. Diese Zahlen schlagen der Behauptung von der Verelendung der Massen geradezu ins Gesicht. (Beifall rechts.) Diese Bemerkungen genügen. Zu einer politischen Rede lag kein Anlaß vor. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung stützt sich nicht auf die besitzenden Klassen, wohl aber auf die staatserhaltenden Kreise. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Wir betrachten uns als den geschäftsführenden Ausschuß der staatserhaltenden Klassen, und als solcher werden wir in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht erlahmen. (Lebhafter Beifall.)

bg. Dr. **Wiczerski** (Pole): Die preußische Ostmarkenpolitik ist ein unersättlicher Leviathan. Aber auch alle Ausnahmegesetze werden schließlich gegen uns nichts ausrichten. Die zahllosen Millionen für die Ansiedelungskommission sind nutzlos verpulvert. Wir protestieren gegen alle Versuche, unsere Volkssprache zurückzudrängen, protestieren gegen das Schulsystem und den Sprachenparagraph des Vereinsgesetzes.

Abg. **v. Arnim** (kons.): Frhr. v. Zedlitz wollte anerkennen, daß jetzt im Etat große Reserven nicht mehr vorhanden sind. Früher hat er sich anders ausgesprochen. (Sehr richtig! rechts.) Die Etatsaufstellung ist kaum anders als in den Vorjahren. Wenn von 141 Millionen für Beamtenbesoldung nur 55 Millionen durch Steuern gedeckt werden sollen, so muß dies unbedingt auf die Dauer geschehen; dafür werden hoffentlich auch noch die Nationalliberalen eintreten. Abg. Wiemer verlangte die Einziehung einzelner preußischer Gesandtenposten. Dazu wird es besonderer Vorsicht bedürfen. Abg. Heimann schlug vor, aktive Beamte nicht ins Parlament zu wählen. Wäre er länger hier, dann wünschte er den Fleiß und die Arbeitsfreude der Beamten besser zu schätzen. Er sprach von der „märchenhaften Entwickelung" des preußischen Staates. Ging diese Entwickelung nicht vor sich unter dem Dreiklassenwahlrecht, das wir seit 50 Jahren haben? (Lebh. Zustimm. rechts.) Abg. Heimann sprach von der Verteuerung aller Lebensmittel. Ich habe hier aber einen Bericht des Breslauer Konsumvereins, der beweist, daß von einer Verteuerung der Lebenshaltung nicht die Rede ist. Gestiegen sind die Ansprüche der Arbeiter, weil das Einkommen gestiegen ist. (Sehr richtig!) Fürst Bülow empfahl Sparsamkeit. Das haben wir seit Jahren getan. (Sehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190901212-19/fragment/page=0001

wahr! rechts.) Künftig müssen in guten Jahren viel mehr und besser gespeiste Fonds geschaffen werden. In guten Jahren müssen auch die Raten für Neubauten reichlicher bemessen werden. Zum preußischen Wahlrecht werden wir später zu sprechen kommen. Was den Fall Schücking und die politischen Beamten betrifft, so ist nicht uninteressant, daß der Erlaß von 1882 jetzt wieder aufgewärmt wird. Der Ministerpräsident kam Abg. Wiemer ziemlich weit entgegen. Beim Etat des Innern werden wir auf den Fall Schücking ausführlich zurückkommen. Wir erwarten aber, daß bei den politischen Beamten nicht auch an Mitglieder des Parlaments gedacht ist, die von dem Rechte der freien Meinungsäußerung und der freien Stimmabgabe nicht etwa sollen entbunden werden. Die November-Vorgänge sind für uns mit der Erklärung unseres Elterausschusses erledigt, die ja von allen Parteien als mannhafte und mutige Tat anerkannt ist. In der Sozialdemokratie sehen wir nach wie vor eine staatszersetzende Vereinigung. Wir werden alles tun, um sie wieder aus unserem Parlament verschwinden zu lassen. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Rewoldt** (frk.) empfiehlt Vereinfachung des bureaukratischen Geschäftsganges. Nach neuen Gesetzen gegen die Sozialdemokratie wollen wir nicht ausschauen, sondern die bestehenden energisch anwenden. Insbesondere muß die Freiheit der Arbeit sichergestellt werden. Die sozialdemokratische Landagitation muß an dem gesunden Sinn unserer Landarbeiter scheitern.

Abg. **Schmieding** (ntl.): Die starre Ablehnung der Nachlaßsteuer durch die Konservativen kann der Reichsfinanzreform nicht gerade günstig sein. Das Zentrum ist an seiner Isolierung im Reiche selbst schuld.

Abg. **Graf Praschma** (Ztr.): Wir sind für konfessionelle Gleichberechtigung. Mit Rücksicht auf die politische Lage dürfen nicht Grundsätze aufgegeben werden. In dieser Beziehung bringt der Block eine schwere Schädigung.

Abg. **Fischbeck** (frs Vp.): Wegen der Beanstandung der Berliner sozialdemokratischen Mandate sind gegen mich schwere Angriffe gerichtet worden. Mit dem Degernat für Wahlen habe ich aber im Berliner Magistrat gar nichts zu tun. (Hört, Hört!) Leute, die ihr Mandat durch Terrorismus erreicht haben, sind keine Volksvertreter. (Lebh. Zustimmung.) Uns liegt an einer Entscheidung, ob dieser rote Terror zulässig ist oder nicht. (Beifall.) Die Sozialdemokraten als Käufer sind zugleich Arbeitgeber und als solcher leisten sie sich schlimmste Wahlbeeinflussung. (Sehr wahr!) Ist die Sozialdemokratie angegriffen, dann ist sie zimperlich wie eine alte Jungfer. (Heiterkeit und lebh. Zustimmung.) Greift die Sozialdemokratie aber andere an, so hat sie eine Taktik wie Wegelagerer und Strolche. (Stürmischer Beifall. Lärm bei den Soz. Abg. Hoffmann: Daraus spricht der Kognak! Schallendes Gelächter. Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Hoffmann, ich bitte, sich etwas zu mäßigen!) Wir werden unsere Maßnahmen auch weiter danach einrichten, was wir für Recht halten, und uns durch Angriffe nicht beirren lassen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. **Heimann** (Soz.): Die gegen mich ausgesprochenen Beleidigungen weise ich zurück. (Abg. Hoffmann: Fischbeck hat sich im Spiegel gesehen! Gelächter.)

Abg. **Fischbeck**: Ich habe niemand beleidigt.

Die üblichen Etatsteile gehen an die Budgetkommission.

Montag 12 Uhr: Freisinniger Wahlrechtsantrag.

Schluß 4½ Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Das österreichische Abgeordnetenhaus ist am Mittwoch wieder zusammengetreten. Die Regierung brachte, wie schon gestern von uns angekündigt, einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer selbständigen italienischen Fakultät in Wien ein, deren Vorlesungen in dem Sinne der Sanktion des Gesetzes folgenden Wintersemester beginnen soll. Ein weiterer Gesetzentwurf betrifft die Aenderung des allgemeinen Berggesetzes, dessen wichtigste Bestimmungen sind die Abschaffung der Bergbaufreiheit für Kohle und Vorbehalt dieses Minerals für den Staat, sowie Festsetzungen über Verleihung von Kohlenfeldern; ferner ist ein Gesetzentwurf über das Rekrutenkontingent für 1909 und schließlich ein Gesetz betreffend die Wahl von Arbeiterausschüssen und Bestellung von Sicherheitsmännern beim Bergbau eingebracht worden. Von maßgebender Seite wird aus Budapest aufs Entschiedenste erklärt, die Gerüchte von der Demission einzelner Minister oder von einer bevorstehenden Kabinettskrise seien unbegründet; im Kabinett herrsche vollständige Einmütigkeit, und die aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten seien nicht so bedeutend, daß sie die Solidarität des Kabinetts in Frage stellen könnten.

Frankreich. Wie wir aus Paris erfahren, kam es Mittwoch nachmittag im Hofe der Sorbonne aus Anlaß der Vorlesungen des Professor Thalamas zwischen den Studierenden wiederum zu Streitigkeiten. Mehrere Personen, insbesondere Journalisten, so der Bonapartist Guy de Cassagnac und der Royalist Maurice Pujo, wurden verhaftet. Die republikanischen Studierenden veranstalteten alsdann Vertrauenskundgebungen für ihre Professoren.

Niederlande. Senator Regout ist zum Waterstaatsminister ernannt worden.

Die Niederlande und Venezuela. Der venezolanische Sondergesandte Dr. Paul ist Mittwoch nachmittag im Haag eingetroffen.

Rußland. Der russische Finanzminister erklärte, daß Rußland nach der jetzigen 4½proz. Pariser Anleihe keine neue aufzunehmen beabsichtigt.

Dem Marineminister Ditow ist die aus Gesundheitsrücksichten nachgesuchte Entlassung aus dem Dienste gewährt worden.

Das orthodoxe Patriarchat in Jerusalem. Nach einer Meldung aus Konstantinopel wird die Angelegenheit des orthodoxen Patriarchats von Jerusalem immer verwickelter. Nach einer Depesche des Patriarchatsverwesers hat eine große Anzahl Eingeborener das Patriarchat besetzt, das nun militärisch bewacht wird. Der abgesetzte Patriarch hat sich an die Pforte telegraphisch mit der Bitte um Bestrafung der Schuldigen gewandt. Den Blättern zufolge hat die Pforte nach Jerusalem vier Bataillone abgeschickt.

XIV. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

I. Verhandlungstag. Mittwoch, den 20. Januar.

Die 14. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen wurde am gestrigen Mittwoch um 11 Uhr vormittags von dem Herrn Präsidenten der Kammer, Major von Busse, eröffnet. Am Präsidententisch hatten u. a. Platz genommen: Seine Exzellenz der Herr Oberpräsident Hegel, Seine Exzellenz der Herr Landeshauptmann Freiherr von Wilmowski, die Herren Regierungspräsidenten Freiherr von der Recke und von Borries. Der Herr Landwirtschaftsminister und der Herr Regierungspräsident von Erfurt sind am Erscheinen verhindert; außerdem nimmt auch der Herr Landrat des Saalkreises von Krosigk an der Sitzung teil. Der Herr Präsident, der sich der ihm zum 80. Geburtstag gewidmeten silbernen Präsidentenglocke bediente, leitete die Versammlung mit folgenden Worten ein:

Ich eröffne die 14. ordentliche Plenarversammlung. Meine Herren! In einer kurzen Spanne Zeit begehen wir den Tag, an dem Seine Majestät der Kaiser (die Versammlung erhebt sich) seinen 50. Geburtstag feiert. Wir leben in einer schweren Zeit. Im Reiche steht die Sanierung der Reichsfinanzen auf der Tagesordnung des Reichstages in erster Linie. Leider sind die Versuche zu einer gründlichen Reichsfinanzreform bisher immer hintangehalten worden, so daß es jetzt hohe Zeit ist, Wandel zu schaffen. Aber auch im preußischen Vaterlande ist der Fehlbetrag im Etat so bedeutend, wie wir es seit lange nicht mehr kennen gelernt haben. Wenn wir nun nach außen sehen, so finden wir unsere lieben Nachbarn in jeder Weise bemüht, uns nach Möglichkeit zu schaden. Wenn nicht die Angst und der Nachhall von 1870/71 noch vorhanden wäre, so wäre es schon dazu gekommen, daß sie uns überfallen hätten. Der Respekt vor uns ist aber so groß, daß sie bisher noch nicht gewagt haben, uns mit ihrer Uebermacht zu schaden. Wir wollen bitten, daß der liebe Gott Seiner Majestät unserem Kaiser die nötige Kraft verleiht, das Vaterland vor einem Einfall der Feinde zu schützen und uns den Frieden zu erhalten, wie er bis jetzt immer so erfolgreich bemüht gewesen ist. Wir Landwirte sind es mit in erster Linie, die immer dafür eintreten, daß die Macht unseres Königshauses erhalten bleibt, wir sind mit dazu berufen, in erster Linie Hochverhaltend zu wirken. Diesen Wunsch und diesen Willen wollen wir dadurch bekräftigen, daß wir ein Hoch auf unseren Kaiser ausbringen. Seine Majestät unser Kaiser, er lebe hoch!

Darauf gab der Präsident in der gewohnten Weise einen Rückblick auf das verflossene Jahr und führte dabei aus:

Seit den neuen Handelsverträgen hat unsere Landwirtschaft einen Aufschwung genommen. Vorher war in der Caprivischen Zeit ein so starker Rückschritt eingetreten, daß viele Betriebe eingingen und verkauft werden mußten. Seitdem aber ist glücklicherweise ein Umschwung eingetreten, der sich besonders darin bemerkbar machte, daß der Grund und Boden wieder einen höheren Wert bekam und auch die Pachtpreise stiegen. Aber besonders in der letzten Zeit, auch im letzten Jahre, ist die Landwirtschaft wieder stark in Mitleidenschaft gezogen, weil die Arbeiternot auf dem Lande einen großen Umfang annahm. Im allgemeinen haben wir im vorigen Jahre keine gute Ernte gehabt, es war das, was wir eine schwache Mittelernte nennen. Den starken Regengüssen zuerst folgte eine lange Trockenheit. So wurde auch die Bestellzeit schwierig, und auf leichtem Boden ging die Saat vielfach nicht auf. Der starke, frühzeitige Frost im Herbst hat so manchen Saaten geschadet, so daß wir auch ins neue Jahr nicht mit zu guten Hoffnungen hineingehen. Der Roggen war im allgemeinen ganz gut, aber mit dem Weizen stand es weit schlechter. Auch das Sommergetreide war nicht besonders. Entschieden schlecht aber ist die Rübenernte gewesen. Als eine Folge der Handelsverträge und des kolossalen Aufschwungs in der Industrie war dann der von Nordamerika her kommende plötzliche Rückgang, das Gold wurde sehr teuer und der Zinsfuß stieg enorm. Unter diesem Uebelstande hatte auch besonders die Landwirtschaft zu leiden, da sich auch die Hypothekenzinsen ungemein hoben. Zwar ist es jetzt auf dem Geldmarkte wieder etwas flüssiger geworden, aber bei den Hypotheken merkt man noch nichts. Sehr ungünstig aber ist für uns die für die in Aussicht stehende Sanierung der Finanzen notwendige Erhöhung der Steuern. Sehr bedauerlich sei es, daß dabei für Bier und Tabak, die als Genußmittel gelten und doch noch Steuern vertragen, wie aus den Nachrichten vom Reichstag zu schließen sei, eine Heranziehung in der erwarteten Höhe nicht stattfinden werde. Dagegen solle aber wieder der Spiritus herhalten. Weiter sei zu bedauern, daß die Zuckersteuer auf der alten Höhe bleiben wird, das würde einen großen Verlust zu bedeuten haben. Die Landwirtschaftskammer aber könne im großen und ganzen mit Befriedigung auf die Lage der Landwirtschaft blicken. Die Schulen werden sehr besucht; die Winterschulen und auch die Haushaltungsschulen seien vollständig besetzt. Ferner sei in Aussicht genommen, für das Militär landwirtschaftliche Vorträge zu halten. Die Landwirtschaftskammer soll diese Vorträge ins Leben rufen. Nach den Verhandlungen sei jetzt ein Resultat gezeitigt: es hätten sich sehr viele Soldaten zur Teilnahme gemeldet. Unsere Direktoren und Lehrer werden dadurch sehr in Anspruch genommen werden; die Vorträge sind natürlich unentgeltlich, sie sollen Mittwochs und Sonnabends in der freien Zeit gehalten werden. Die Regierung hat allerdings keine Entschädigung in Aussicht gestellt. Der Kammer entstehen durch die Reisen und Lehrkräfte keine Kosten. Aber in Anbetracht, daß die Leute durch diese Vorträge auch in der Militärzeit in Berührung mit der Landwirtschaft bleiben, ist zu hoffen, daß ihnen die Liebe zum Lande erhalten bleibt, und das würde ja die Kosten leichter ertragen lassen. Zum Schluß dankte der Herr Präsident für die vielen Ehrungen zu seinem 80. Geburtstage, er hätte sie gar nicht verdient. (Lebhafte Proteste.)

Darauf begrüßte der Herr Präsident noch besonders den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, den Herrn Landeshauptmann und die übrigen Gäste.

Exzellenz Hegel erwiderte: Ich danke auch im Namen der übrigen Gäste für die freundliche Begrüßung; mich ruft allerdings auch noch meine Amtspflicht hierher. Heute kann ich zum ersten Male in meiner Eigenschaft als Oberpräsident die Herren der Landwirtschaftskammer begrüßen. Die Pflichten meines Amtes der Kammer gegenüber wahrzunehmen, halte ich für einen wichtigen und hervorragenden Teil meiner Amtsgeschäfte. Die Bedeutung, die der Landwirtschaft unter den Erwerbsständen in der Provinz Sachsen zukommt, erkenne ich sehr an, durch die Landwirtschaft ist das Wohl und Weh der Bevölkerung ganz wesentlich bestimmt. In der Landwirtschaftskammer ist der Landwirtschaft durch die Gesetzgebung ein Organ geschaffen, das ihre Wünsche und Bedürfnisse in legitimer Weise zum Ausdruck bringen soll. Bei dem hohen Stande der Entwicklung der Landwirtschaft in Sachsen ist es selbstverständlich, daß die Kammer, wie früher der Zentralverein, eine Fülle von Intelligenz in sich birgt, auf die zu hören die Staatsregierung alle Ursachen hat. Die Erfolge der bisherigen Tätigkeit der Kammer in den verflossenen 14 Jahren sind ja auch nicht ausgeblieben. Im Gegenteil, sie fordern Achtung und Anerkennung in hohem Maße heraus. Ich brauche nicht die einzelnen Gebiete vorzuführen, auf denen sich ihre Arbeit und die verdienstvolle Tätigkeit ihres Vorstandes fruchtbar erwiesen hat, sie sind allbekannt und springen in Halle geradezu in die Augen. M. in Bestreben wird es sein, ihre Arbeit auf allen Gebieten zu unterstützen, das positive Schaffen werden Sie sich nicht aus der Hand nehmen lassen, bei Ihnen ist es auch am besten geborgen. Meine Arbeit wird es sein, alle Hindernisse Ihnen aus dem Wege zu räumen, und ich bitte um Ihr Vertrauen in meiner verantwortlichen Stellung. (Lebhafte Bravos.)

Die Kammer hat im verflossenen Jahre fünf Mitglieder durch den Tod verloren, zu deren Ehren sich die Versammlung erhebt. Es sind die Herren: Tegetmeyer in Zilly, Herold in Schillingstedt, Neubarth in Wünschendorf, Graf von Unruh (Landrat) in Weißenfels, von Schlieben in Wittenberg.

Die Präsenzliste wird sodann verlesen und ergibt bei Anwesenheit von 95 Mitgliedern die Beschlußfähigkeit der Versammlung. Darauf werden vom Präsidenten zu Schriftführern ernannt die Herren Rittergutsbesitzer Schroth auf Schmerlendorf und Ruyter auf Plotha.

3. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung wird der Bericht über die seit der letzten Plenarversammlung eingetretenen Ergänzungswahlen erstattet, die im Geschäftsbericht der Kammer verzeichnet sind.

4. Der Bericht der Kommission zur Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1907 erstattet im Namen der Revisionskommission, die diesmal der Kreis Weißenfels bildete, Herr Oekonomierat Tellemann. Er bezeichnete das Ergebnis im allgemeinen als sehr erfreulich, namentlich seien keine Etatsüberschreitungen vorgekommen, die nicht in anderen Punkten wieder Deckung gefunden hätten. Nach dem eingehend dargelegten Ergebnis der Prüfung beantragte die Revision die Entlastung, die auch einstimmig erteilt wurde. Bei den Schwierigkeiten, die durch die gesetzlich vorgeschriebene, sehr umfangreiche Rechnungsführung den bisher jährlich wechselnden Kommissionen bereitet wurde, wird jetzt eine Aenderung beschlossen, die zum nächsten Punkte der Tagesordnung gehört.

5. Die 14. ordentliche Plenarversammlung beschließt in Abweichung von der seitherigen Gepflogenheit, zur Vornahme der Rechnungsprüfung gemäß § 24 der Geschäftsordnung eine ständige Rechnungsprüfungskommission von drei Mitgliedern mit der Maßgabe zu bilden, daß darin jeder Regierungsbezirk durch ein Mitglied vertreten ist. Gleichzeitig beschließt sie, für jeden Herrn noch einen Stellvertreter zu erwählen. Die Mitglieder und Stellvertreter werden auf die Dauer von drei Jahren gewählt.

Diese Resolution wird nach einer kurzen Debatte angenommen, an der sich besonders beteiligten: Herr von Christern, Herr Dr. Freiherr von Erffa, Herr Krug, Herr Oekonomierat Dr. Rabe. Auf Vorschlag des Herrn Oekonomierat Wesche werden gewählt die Herren: Bielefeldt in Obergütter, Tellemann in Schölen, Faber in Felchta und zu Stellvertretern: Peters in Dornbock, Dr. Eckert in Auerstedt, Wadsack in Hornsömmern.

6. Zum Vorsitzenden des Ausschusses für das landwirtschaftliche Maschinenwesen wird anstelle des Herrn Hauptmann Reisfeld in Wörmlitz Herr Amtsrat Säuberlich gewählt und für diesen in den Ausschuß als Mitglied Herr Bieler in Ischernitz.

7 und 8. Die beiden nächsten Punkte werden zusammengelegt: Der Bericht über die Geschäftstätigkeit der Landwirtschaftskammer und der Ausschüsse, sowie über die vom Vorstand im Jahre 1908 bei den Behörden gestellten Anträge und erstatteten Gutachten, ferner die Feststellung des Etats und der für 1909 auszuschreibenden Umlagen. Hierzu ist der Geschäftsbericht und der Etat im Druck vorgelegt. Zunächst wird der Etat der einzelnen Abteilungen im einzelnen folgendermaßen in Einnahme und Ausgabe festgesetzt:

Agrikultur-chemische Kontrollstation . .	122 200 :	115 000 Mk.
Agrikultur-chemische Versuchsstation . .	23 210 :	37 480 „
Versuchsstation für Pflanzenschutz . .	11 700 :	17 050 „
Versuchswirtschaften Lauchstädt und Groß-Lübars	75 720 :	75 720 „
Landwirtschaftliche Winterschulen . . .	87 320 :	87 320 „
Wiesenbauschule Schleusingen	11 270 :	13 470 „
Landwirtschaftliche Haushaltungsschulen	78 644 :	79 644 „
Bakteriologisches Institut	98 200 :	102 200 „
Hufbeschlaglehrschmieden	10 237 :	10 497 „
Zentral-Geflügelzuchtanstalt	18 000 :	21 908 „
Zentral-Ankaufsstelle	81 450 :	195 276 „

Der Gesamt-Hauptetat mit seinen Einnahmen und Ausgaben für wissenschaftliche und Lehrzwecke, Veterinärwesen, Förderung der Viehzucht, der Fischerei, der Waldkultur, des Obst-, Wein- und Gartenbaues, Unterstützung der landwirtschaftlichen Vereine und Förderung der Landkultur im allgemeinen, Verwaltung der Kammer schließt ab mit 1 285 171 Mk., in Einnahme und Ausgabe gleich.

Im Anschluß an diese Etatsberatung und den Vermögensnachweis werden verschiedene Wünsche vorgebracht und hier und da um Auskünfte gebeten. Außerdem kommen folgende Resolutionen zur Annahme:

Die 14. ordentliche Plenarversammlung beschließt, die Hufbeschlaglehrschmieden zu Erfurt, Halberstadt, Merseburg und Stendal vom 1. April 1909 ab nur dann in die Verwaltung und Unterhaltung der Landwirtschaftskammer zu übernehmen, wenn entsprechende Mittel vom Staate und von der Provinz zur Deckung der Verwaltungskosten zur Verfügung gestellt werden. Im übrigen erklärt sich die Landwirtschaftskammer bereit, die in den Etats aus ihren eigenen Mitteln vorgesehenen Zuschüsse zu Stipendien zu bewilligen.

Die 14. ordentliche Plenarversammlung beschließt, vom 1. April 1909 ab die Tagegelder der Mitglieder der Landwirtschaftskammer und deren Ausschüsse, Kommissionen usw. unter entsprechender Abänderung der betreffenden Paragraphen der Geschäftsordnung von 6 Mk. auf 9 Mk. pro Tag, und zwar nicht nur für den Sitzungs-, sondern auch für den Reisetag zu erhöhen. Bei Reisen außerhalb der Provinz werden 15 Mk. Tagegeld und je 3 Mk. Zu- und Abgang gewährt, sofern der Vorstand nicht aus besonderen Gründen höhere Sätze festsetzt.

Die 14. ordentliche Plenarversammlung beschließt, den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu bitten, über die in den Etat für das Jahr 1909 eingestellten Staatsbeihilfen hinaus bewilligen zu wollen: 1. Zur Unterhaltung der agrik.-chem. Versuchsstation 2000 Mk., zur Durchführung der Grundwasserstandsmessungen (vergl. auch Resolution zu Punkt 13 der Tagesordnung) 2000 Mk., 3. zur Förderung des Wanderlehrwesens 6000 Mk., 4. als Unterhaltungskostenzuschuß zur Fortführung des halbjährigen höheren landwirtschaftlichen Unterrichtskursus in Neuhaldensleben 2000 Mk., 5. zur Unterhaltung der Wiesenbauschule in Schleusingen 1500 Mk., 6. zur Einrichtung von Rindviehzucht-Kontrollvereinen 1000 Mk., 7. zur Förderung der Weidwirtschaft 1500 Mk., 8. zur Förderung der Ziegenzucht 1000 Mk., zusammen 17 000 Mk.

Im Anschluß an die einzelnen Punkte des Etats gibt der Herr geschäftsführende Direktor Oekonomierat Dr. Rabe auf eine Anfrage hinsichtlich des Verhältnisses zur Feldarbeiterzentrale in Berlin die Auskunft, daß die Kammer mit einem Hand-in-Handgehen mit der Zentrale einverstanden ist und auch dies betreiben wird, jedoch wird die Kammer nie dabei außer Acht lassen, in erster Linie sich für die Urbeischaffung von Landarbeitern für ihre Mitglieder verpflichtet zu halten. Herr von Brauchitsch in Scharlenzke fragt an, was für Bedingungen die Gärtner zu erfüllen haben, um sich der Landwirtschaftskammer angliedern zu können. Herr Oekonomierat Dr. Rabe meint, die Handelsgärtner sollten erst einen Verband schließen, ihre Ziele klar legen und dann an die Kammer herantreten, bezw. sich an die Zentralstelle der Landwirtschaftskammern in Berlin wenden.

9. Die Stadt Eisleben ist aus dem Landkreis Mansfelder Seekreis ausgeschieden und hat einen selbständigen Stadtkreis gebildet. Um den Stadtkreis Eisleben eine Mitwirkung bei der Wahl der Mitglieder zur Landwirtschaftskammer zu sichern, ist eine Aenderung des § 4 der Satzungen notwendig, die auch beschlossen wird, und zwar wird der Stadtkreis Eisleben mit dem Mansfelder Seekreis zu einem gemeinschaftlichen Wahlkreis verbunden, hierbei kommt dem Stadtkreis Eisleben ein Wahlmann zu.

10. Ueber die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um bei der Unfallversicherung ein weiteres Anwachsen der Rentenlast zu verhüten, berichtet zunächst Herr Landesrat Hoefer aus Merseburg. Zu einem allgemeinen Vorgehen hat die Landwirtschaftskammer in Kassel geraten und dazu auch Vorschläge gemacht, die jedoch von unserer Kammer nicht durchweg angenommen sind. Mit einem eingehenden Referat über die Verhältnisse und an der Hand der Statistik, besonders von 1906 und 1907, entwirft der Herr Redner ein Bild von der Schwere der Verpflichtungen, die der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aus dieser Unfallversicherung und ihrer Ausbeutung erwachsen. Eine Reihe von Beispielen erläuterte die umfangreiche Materie, über die dann auch noch der Herr Abteilungsvorsteher Zecher von der Kammer sprach. Die Ausführungen der beiden Herren Redner enthielten weiter die Begründung der Vorschläge zur Besserung in dieser Frage, wie sie die Landwirtschaftskammer beabsichtigt. Auch hier fand die nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190901212-19/fragment/page=0002

Die 14. ordentliche Plenarversammlung sieht in dem andauernden und erheblichen Steigen der Lasten der Unfallversicherung, dessen Ende und Grenze noch nicht abzusehen ist, eine Gefahr für die Landwirtschaft, der durch Beschränkung der Rentengewährung auf die Fälle wirklichen Schadens und wirklicher landwirtschaftlichen Betriebsunfälle soweit nötig im Wege der Gesetzesänderung entgegengewirkt werden muß.

a) Im Wege der Gesetzesänderung ist anzustreben: 1. die Beseitigung der Entschädigung für hauswirtschaftliche Unfälle; 2. die Einstellung der Rente beim Eintritt zum Militär. Wiederaufleben des Anspruches bei Entlassung vom Militär wegen der Unfallfolgen; 3. das Ruhen der Kinderrenten bis zur Schulentlassung. Jedoch kann die Berufsgenossenschaft in besonderen Fällen hiervon Abstand nehmen; 4. das Ruhen der Rente während einer Freiheitsstrafe kraft Gesetzes ohne zuvorigen Bescheid; 5. Witwen- und Hinterbliebenen-Renten sind nicht länger als während der wahrscheinlichen Lebenszeit des Getöteten zu zahlen, sobald die Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung eingeführt sein wird. In dem Gesetz ist auch für die laufenden Renten der Uebergang auf die Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung von jenem Zeitpunkt an auszusprechen.

6. In den Fällen, wo ein vorhandenes Leiden die Folgen eines Betriebsunfalles verschlimmert oder wo ein Betriebsunfall den letalen Ausgang eines vorhandenen Leidens nur beschleunigt hat, ist nur ein angemessener Teil der Rente festzustellen — letzteres wenigstens von der Einführung der Arbeiter-Witwen- und Waisenversorgung an.

b) Im Wege der Rechtsprechung ist dahin zu wirken, daß: 1. Renten von 15 Prozent und weniger nicht mehr bewilligt werden, weil eine Beschädigung dieses Grades eine meßbare wirtschaftliche Beeinträchtigung in der Regel nicht zur Folge hat.

2. Zwischen hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Unfällen genau unterschieden wird.

3. Der Grundsatz: „die Rente soll einen Ersatz des Schadens bilden", scharf durchgeführt wird.

c) Die Verwaltungsbehörden sind zu ersuchen, bei Beschlüssen über die Erhöhung der Sätze des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes die äußerste Vorsicht zu beobachten.

d) Es ist zu erwägen, ob im Wege der Statutenänderung — nach Verabschiedung der zu erwartenden Gesetze über die Aenderung der sozialen Gesetzgebung — die Unfallversicherung der Betriebsunternehmer auf die beschränkt werden soll, die wenigstens den halben Jahresarbeitsverdienst aus der Landwirtschaft ziehen.

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wird gebeten, an den zuständigen Stellen seinen Einfluß im Sinne dieser Beschlüsse geltend zu machen.

Nachdem Punkt 10 der Tagesordnung erledigt war, wurde die Sitzung geschlossen und die Versammlung auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt. Der gestrigen Sitzung folgte ein gemeinschaftliches Mittagessen im „Hotel zur Stadt Hamburg".

Aus Nah und Fern.

Zur Erdbebenkatastrophe in Italien. In Messina wurden Mittwoch früh wieder zwei Erdstöße wahrgenommen, von denen der zweite sehr stark war und zehn Sekunden dauerte. Das Wetter ist bei anhaltendem Regen kalt. Nachdem jetzt Bauholz angekommen ist, wird mit der Errichtung von Baracken eifrig fortgefahren. Im Hafenteil der Stadt wütet das Feuer in den stehengebliebenen Häusern weiter. — Auch in Reggio wurde Mittwoch früh gegen 4 Uhr ein neuerlicher, sehr merklicher Erdstoß verspürt.

Erbeben auch anderwärts. Am Dienstag hat sich in Smyrna und anderen Orten der kleinasiatischen Küste ein heftiges Erdbeben ereignet. Während in Smyrna kein Schaden angerichtet wurde, sind in Menemen sechs Häuser zerstört und im Fotschatin zwölf Personen getötet und mehrere verletzt worden.

Von einer Lawine verschüttet. In Waidring (Tirol) wurden Mittwoch vormittag fünf Personen, drei Knaben und zwei Holzknechte, von einer Lawine verschüttet. Einer sofort abgegangenen Rettungsexpedition ist es bisher nicht gelungen, die Verschütteten zu bergen. — Später wird uns noch aus Weidring (Tirol) gemeldet: Von den durch eine Lawine verschütteten fünf Personen sind bis Mittwoch abend drei tot geborgen worden. Es besteht keine Hoffnung, die beiden anderen noch lebend aufzufinden.

Der Herzog der Abruzzen. Das römische Blatt „Giornale d'Italia" bezeichnet die im Auslande verbreitete Blättermeldung, der Herzog der Abruzzen beabsichtige, auf seinen Rang in der Marine und auf seine Vorrechte als Mitglied des königlichen Hauses zu verzichten, als phantastische Erfindung, und erklärt gleichzeitig die Nachricht von Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Herzog von Aosta für völlig unbegründet. Nichtig sei nur, daß der Herzog der Abruzzen eine Forschungsreise nach dem Himalaya unternehmen wolle, und seine Londoner Reise stehe damit im Zusammenhange.

Beim Hofball vom Schlage getroffen. Der Oberschloßhauptmann a. Berdholtz in Karlsruhe wurde gestern abend während des Hofballs vom Schlage getroffen und war sofort tot.

Mit dem Automobil in die Havel. Zwei Fabrikanten aus Pankow gerieten in der vergangenen Nacht auf der Rückfahrt von einer Geschäftstour auf einer abschüssigen Bahn mit dem Automobil in voller Fahrt in die Havel. Durch ihre Hilferufe wurde die Mannschaft eines nahen Straßenbahnhofs alarmiert. Man brachte die Verunglückten und den Kraftwagen in Sicherheit.

Verurteilt. Der Maler Braams in Dresden, der seine Geliebte Goldtz mit deren Einverständnis erschoß und sich selbst vier Kugeln beibrachte, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Aus dem Mädchenheim „Wildnis", bekannt durch den Colander-Prozeß, sind, wie wir aus Glückstadt erfahren, am Mittwoch mittag zwölf Mädchen entwichen.

Die Luftschiffahrt. Nach einer Meldung aus Aldershot stürzte der einer Umgestaltung unterzogene Heeres-Aeroplan am Mittwoch, nachdem er bereits zwei kurze erfolgreiche Flüge hinter sich hatte, aus zehn Fuß Höhe herab und erlitt starke Beschädigungen. Verletzt wurde niemand.

Die Cholera in Rußland. Aus Petersburg erfahren wir: Am Mittwoch sind 37 Personen an Cholera erkrankt und sechs gestorben. Im ganzen liegen gegenwärtig 310 Personen krank darnieder.

Eisenbahnunfall. Aus Krefeld geht uns folgende amtliche Meldung zu: Mittwoch nachmittag entgleiste im Bahnhof Krefeld—Linn der Güterzug 6264, weil der Lokomotivführer das auf Halt stehende Ausfahrtssignal übersah und in das Sicherheitsstumpfgleis geriet. Der Zugführer wurde schwer verletzt und auch der Lokomotivführer durch Verbrühung, sowie der Heizer.

Raubmord. Wie die „Schlesische Zeitung" aus Szczakowa meldet, wurde in dem russischen Grenzort Granitza in der Nähe von Myslowitz der Bahnhofswirt Geleski in einem Abort erschossen aufgefunden. Es liegt ein Raubmord vor, da 3500 Rubel fehlen. Zwei verdächtige junge Russen konnten bisher nicht verhaftet werden.

Schwerer Bauunfall. Bei einem Neubau in der Breiten Straße in Hamburg stürzte ein Gerüst ein. Zwei Arbeiter wurden getötet und einer schwer verletzt.

Folgenschwere Feuersbrunst. Mittwoch vormittag brach auf den im Bau begriffenen Wasserwerken von Chicago, die 1½ Meilen von der Stadt entfernt im Michigan-See liegen, Feuer aus. 26 verletzte Arbeiter wurden von einem Schleppdampfer aufgenommen; es besteht kein Zweifel, daß viele andere der dort Beschäftigten ihr Leben eingebüßt haben. — Später erfahren wir noch aus Chicago: Von den Arbeitern der in Brand geratenen Wasserwerke sind bisher zwanzig als Leichen geborgen worden. Der unter der Sohle des Sees befindliche Tunnelbau ist durch eine infolge des Brandes erfolgte Sprengpulver-Explosion schwer beschädigt worden.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. **Deutsche Theater in New-York.** Wie die Wiener „Zeit" aus New-York erfährt, haben die Aktionäre des Metropolitan Opera House beschlossen, mit Ende dieser Saison die von Dippel geleitete deutsche Oper zu schließen und alle Kontrakte mit deutschen Sängern und Dirigenten, wie z. B. Mahler, zu lösen. Der Grund liegt in mangelhaftem Besuch. Die italienische und französische Oper bleiben. Die „Zeit" erfährt ferner, daß das neue deutsche Theater in New-York unter der Direktion Bauernfeld und Eugen Burg mit Ende dieser Saison wegen schlechten Geschäftsganges geschlossen wird.

Letzte Telegramme.

Die Errichtung der italienischen Rechtsfakultät in Wien.

Rom, 21. Jan. Die „Tribuna" kritisiert den österreichischen Gesetzentwurf der Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät an der Universität Wien. Die Italiener könnten diese nur in Triest annehmen.

Prozeß gegen einen Admiral.

Petersburg, 21. Jan. Vor dem Marinegericht begann gestern der Prozeß gegen den verabschiedeten Admiral Alexejew, der der Verleumdung und Bestechlichkeit beschuldigt wird.

Die Mehlzollfrage.

Bern, 21. Jan. In der gestern nach Berlin abgegangenen Note in der Mehlzollfrage hält der Bundesrat an seinem Standpunkte sowohl hinsichtlich des Schiedsgerichts als auch event. Freigabe des Mehlzolles fest. Die Note nimmt ferner Bezug auf die zwischen den schweizerischen und den deutschen Müllern zu führenden Verhandlungen.

Ein Scheckfälscher.

Bern, 21. Jan. Der Kassierer Holliger der Lötschbergbahn versuchte am Montag auf der Kantonalbank mit einem gefälschten Scheck 30 000 Fr. zu erheben. Da dies mißlang, flüchtete er.

Börsen- und Handelsteil.

Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktiengesellschaft. In der am 19. Januar stattgefundenen Sitzung des Aufsichtsrats der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft in Halle a. S wurde beschlossen, der auf den 16. Februar einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, das Aktienkapital von Mk. 3 122 000.— auf Mk. 3 750 000.— zu erhöhen durch Ausgabe von Mk. 628 000,— neuen Aktien, derart, daß auf je Mk. 6000.— alte Aktien eine neue zu Mk. 1200.— zum Kurse von 155 Prog. bezogen werden kann. Die Einzahlungen auf die neuen Aktien sind mit 25 Prog. und dem Agio am 1. April 1909 und mit 75 Prog. zuzüglich 4 Prog. Zinsen vom 1. April 1909 ab am 1. Juli 1909 zu leisten. Die neuen Aktien nehmen vom 1. April d. Js. ab voll an der Dividende teil. — Das Bankhaus Reinhold Steckner in Halle a. S. hat die neuen Aktien zum Kurse von 150 Prog. fest übernommen mit der Verpflichtung, sie zu den vorbenannten Bedingungen den Aktionären anzubieten. — Es wurde ferner beschlossen, eine 4 ½ Prog. Anleihe von Mk. 500 000.— mit 102 Prog. rückzahlbar zur Ausgabe zu bringen, welche ebenfalls dem genannten Bankhause überlassen werden soll. — Die der Gesellschaft zufließenden Mittel sind bestimmt zur Abstoßung schwebender Verbindlichkeiten, sowie zur Deckung von Aufwendungen und Geldbedürfnissen im laufenden Jahre.

W. **Das Kaliwerk Asse.** Wie aus Braunschweig von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist das Kaliwerk Asse, an dem sowohl der preußische wie der braunschweigische Staat beteiligt sind, von dem letzten Wassereinbruch soweit wieder hergestellt, daß mit der Förderung von Kali bestimmter Voraussicht nach im Monat März begonnen werden wird.

—y. **J. P. Bemberg, Aktiengesellschaft, Oehde.** In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 3 % festgesetzt. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß in einigen Abteilungen eine lebhafte Beschäftigung bestehe, in anderen dagegen der allgemein schlechtere Geschäftsgang andauere. Die Kunstseidefabrikation sei seit einiger Zeit in Angriff, und das Resultat befriedige. Man werde im Laufe dieses Sommers mit dem Fabrikat auf den Markt kommen.

W. **Vom Walzdrahtverband.** Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet, hat die in Essen abgehaltene Mitgliederversammlung des Walzdrahtverbandes am Mittwoch beschlossen, ein Schutzverhältnis mit der jüngst gebildeten Preisvereinigung der Verzinnerungswerke abzuschließen.

W. **Wollauktion in London** Mittwoch, 20. Januar. Lebhaft, ist bei vollen Eröffnungspreisen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg**, 20. Januar. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Hardwinter II Februar 230½ M, Dumm I Januar 223½ M, Barletta Russo 80 kg Dez./Jan. 221½ M, Jan.-Febr. 219½ M, Febr./März 219 M, Rojofo 79 kg schwim. 231 M, Dez./Jan. 223 M, Jan./Febr. 221 M, Austral. Dez./Jan. 228 M, Ulka 9 Pud 25/30 schwim. 225½ M, 30/35 schw. 226½ M. — Futtergerste: Südr. 60/61 kg schwim /Dez. 126 M, Jan. 126½ M, Febr. 127 M, März/April 127½ M, April/Mai 127½ M, Mai/Juni 128 M. — Hafer: Nordrussl. 50/51 kg 3 % /Febr./März 163½ M, La Plata 47 kg Jan./Febr. 152 M. — Mais: La Plata April/Mai 139½ M, Mai/Juni 138½ M, Mixed New-York Pakesharf Jan. 148 M, Odessa prompt 142 M.

— **Berlin**, 20. Januar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 205,00—207,00 M ab Bahn und frei Mühle. Roggen, inländ. 161,50—165,50 M ab Bahn und frei Mühle, Mai —,— M. Hafer märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 176 bis 183,00 M, mittel 170,00—175,00 M, gering 165,00—169,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. Mixed 166,00—170,00 M, runder 164,00—168,00 M frei Waggon. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 154,00—164,00 M, gute 165,00—180,00 M, russische und Donau leichte 135,00—140,00 M, schwere —,— M, ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterware mittel 182—188 M, Taubenerbsen 189—198 M, ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 25,25—28,25 M. Roggenmehl 0 und 1 24,30 bis 22,50 M. Weizenkleie 11,00—12,00 M. Roggenkleie 11,25—12,00 M. — Mittagsbörse: Weizen, inländ. 207,00—209,00 M ab Bahn, Mai 212,25—213,25—213,00 M, Juli 214,50 M, September —,— M. Roggen inländ. 165—166 M ab Bahn. Mai 173,75—174,25—174 M, Juli 175,25—175,50—175,25 M. Hafer Mai 165,50—165,25 bis 165,75—165,50 M, Juli 165,75 M. Weizenmehl 00 25,25—28,25 M. Roggenmehl 0 und 1 20,10—22,50 M. Rüböl Januar 61,50 M. Br., Mai 56,00—55,90—56,20—56,10 M, Oktober 53,40 M G.

L. **Weltmarkt, Berlin**, 20. Jan. Tägliche Börsenotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 213,00, Juli 214,50. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 169,45, Mai 171,00, Chicago Northern I Spring, Mai 165,00, Juli 150,55. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 172,60. Paris Lieferungsware Jan. 18,05. Budapest Lieferungsware April 216,55. Odessa Ulka 9²⁵/₉₀ 3—4⁰/₀ Bes. einschl. Bordospesen loko 167,20. Buenos-Aires Durchschn. Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 174,00, Juli 175,25. Odessa 9¹⁰/₁₅ einschl. Bordospesen loko 133,15. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 165,50, Juli 165,75. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 112,80. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 19. Jan. (Hopfenbericht.) Für Kundschafts- und Exportzwecke gelangten heute 250 Ballen zu seitherigen Preisen zum Verkauf. Die Stimmung ist ruhig.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 18. Januar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 20,00—20,50 Mk. Die Handelskammer.

— **Berlin**, 20. Jan. Kartoffelstärke 20,25—20,75 Mk., Kartoffelmehl 20,25—20,75 Mk., feuchte Stärke 11,10 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 20. Januar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 60,50—61,50 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 67,50—68,50 Mk. per Loko-Lieferung. Ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 20. Januar. Spiritus stetig, Januar 26 G., Jan.-Febr. 25¼ G., Febr.-März 25½ G.

— **Paris**, 20. Januar. Spiritus ruhig, Januar 36,75, Febr. 37,00, Mai-Aug. 38,75, Sept.-Dez. 37,50.

Oele und Oelsäuren.

— **Köln**, 20. Januar. Rüböl loko 65,00, Mai 61,00.

— **Hamburg**, 20. Januar. Rüböl ruhig, loko verzollt 64,00.

— **Amsterdam**, 20. Januar. Leinöl behauptet, loko 22⅜/₈, Februar 22⅜/₈, Febr.-April 22⅜/₈, Mai-August 22⅜/₈, Sept.-Dezbr. 22¼/₄.

— **Paris**, 20. Januar. Rüböl ruhig, Januar 62,50, Februar 62,75, März-April 62,50, Mai-August 61,25.

W. **Pest**, 20. Januar. Raps per August 13,70 Gb., 13,80 Br.

Zucker.

W. **Hamburg**, 20. Jan. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Januar 20,40, per März 20,50, per Mai 20,75, per August 21,10, per Oktober 19,65, per Dezember 19,55. Tendenz: ruhig.

W. **London**, 20. Jan. 96 % Java-Zucker prompt stetig, 10 sh. 10½ d. Verk. Rüben-Rohzucker Januar ruhig, 10 sh. 1¾ d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg**, 20. Januar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 33¼ G., Mai 32½ G., September 31¼ G., Dezember 31 G. Tendenz: matt.

— **Amsterdam**, 20. Januar. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 35½.

— **Havre**. 20. Jan. Kaffee. Good average Santos März 42,25, Mai 41,50, Sept. 40,25, Dezember 39,75. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro**, 19. Januar. Kaffee. Zufuhr 8 000 Sack in Rio, 22 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**. 20. Januar. Baumwolle, still, Upland middling loko 48½ Pfg.

— **Antwerpen**. 20. Jan. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Februar 527½ Käufer Oktober 5,15 Käufer. Ruhig.

— **Liverpool**, 20. Jan. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Willig.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Fest. Per Jan. 5,09, per Jan.-Febr. 5,08, per Febr.-März 5,07, per März-April 5,07, per April-Mai 5,06, per Mai-Juni 5,06, per Juni-Juli 5,06, per Juli-August 5,05, per August-Septbr. 4,97, per Sept.-Okt. 4,93.

Petroleum.

— **Hamburg**, 20. Januar. Petroleum geschäftslos, Standard white loko 7,70 nom.

Metalle.

— **Amsterdam**, 20. Januar. Banca-Zinn fest, loko 77.

— **London**, 20. Jan. Silber 23¹⁵/₁₆ Lstrl., Chili-Kupfer 60½ Lstrl., per 3 Monate 61⁷/₁₆ Lstrl., Blei, span., 13⅛ Lstrl., engl. 13½ Lstrl., Zinn 126⅝ Lstrl., Zink 21⅛ Lstrl.

— **Glasgow**, 20. Jan. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 49 sh. 1 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Halle**, 19. Januar. (Bericht der Schlachtvieh-Versicherung des Landw. Bauernvereins des Saalkreises zu Halle a. S. (e. G. m. b. H.). Tatsächlich erzielte Lebendgewichtspreise auf Grund der in der Zeit vom 11. bis 16. Januar eingegangenen Versicherungen.

Ochsen: Kl. Ia —; Ib —; IIa 1870 Pfd., 37 M, 1 Verk.*; IIb —; IIIa —; IIIb —.

Bullen: Kl. Ia —; Ib 2½jähr., 1430—1320 Pfd., 39 M, 2 Verk.; IIa 6—2jähr., 1650—1120 Pfd., 38—37 M, 5 Verk.; IIb 3 bis 1½jähr., 1340—1100 Pfd., 36—31 M, 3 Verk.; IIIa —; IIIb —.

Kühe: Kl. Ia —; Ib 7—6jähr., 1500—1220 Pfd., 35 M, 2 Verk.*; IIa 9—2jähr., 1430—926 Pfd., 31—33 M, 13 Verk.*; IIb 5—4jähr., 1130—1035 Pfd., 32 M, 3 Verk.*; IIIa 10 bis 6jähr., 1170—1040 Pfd., 31—30 M, 2 Verk.*; IIIb —.

Schweine (ohne Qualitätsbezeichnung): 446—289 Pfd., 54 M, 7 Verk.*; 390—262 Pfd., 53 M, 25 Verk.*; 330—222 Pfd., 52 M, 27 Verk.*; 290—210 Pfd., 51 M, 5 Verk.*; 325—232 Pfd., 50 M, 12 Verk.*. — Durchschnittspreis: 52,12 M per Zentner. — *Nicht Eingetriebene, sondern Verkaufsgruppen.

— **Berlin**. 20. Jan. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 830 Rinder, 2108 Kälber, 3470 Schafe, 12759 Schweine. Kälber: A. 95—99, B. 82—87, C. 44—50. D. —— M. Schafe: A. 63 bis 65, B. 58—62, C. 45—50, D. —— M. Schweine: A. 67 68, B. 65—66, C. 62—64, D. 62—64 M — Vom Rindervieh blieben ca. 550 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig; ausgesuchte Kälber brachten Preise über Notiz. Bei den Schafen fand annähernd der siebente Teil des Auftriebs Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 20. Januar. Auftrieb: 4254 Schweine, 1078 Ferkel. Verlauf des Marktes: Mittelmäßiges Geschäft, zuletzt flau; Preise lebhafter. Es wurde gezahlt im Engroshandel für: Läuferschweine: 6 bis 7 Monate alt 38—58 M, 3—5 Monate alt 26—37 M; für Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, 21—28 M, unter 8 Wochen alt 16—23 M.

Schmalz. Butter. Speck.

+ **Berlin**, 20. Jan. Bericht von Gebr. Gause. (Originalbericht der Hall. Ztg.) Butter: Die heutigen Notierungen sind: Hofs- und Genossenschaftsbutter la Qual. 107—109 M, Ia Qual. 101—107 M. — Schmalz: Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 57,25—57,75 M, amerikanisches Tafelschmalz Borussia 59,50 M, Berliner Stadtschmalz Krone 59,00—64,00 M, Berliner Bratenschmalz Kornblume 60,00—64,00 M. Speck: wenig Nachfrage.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 20. Januar. Roter Winter-Weizen loko 110¼, per Mai 111¼, per Juli 105⅜, per Sept. —.—, per Dez. —.—, Mais per Mai 69⅛, per Juli 69¼, per Sept. 69¼. Mehl 4,10. Getreidefracht nach Liverpool 1⅜.

W. Chicago, 20. Januar. Weizen per Mai 107⅜, per Juli 98⅛, Mais per Mai 61⅞.

W. New-York, 20. Januar. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,45, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 20. Januar. Schmalz Westernsteam 10,10, Rohe und Brothers 10,20.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Göbeling; für Lokales Arthur Bierbach; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:3:1-171133730-16872166X190901212-19/fragment/page=0003

Berliner Börse, 20. Jan. 1909

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1. Jan. | 1.4. Apr. | 1.7. Juli | 1.10. Okt. | 2.1.7. | 2.1.10. | 15.1. Jan. | 15.4. Apr. | 15.7. Juli | 15.10. Okt. | 1.2.8. | 1.5.11. | 15.2.8. | 15.5.11. | 1.3.9. | 1.6.12. | 15.3.9. | 15.6.12. | 1.4.10. | 1.7.1. | 1.10.1. | 1.1.7